



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

BFW-PRESSEMITTEILUNG

BFW zur geplanten Wohngeld-Reform: „GroKo bleibt auf halber Strecke stehen“

Berlin, 27.02.2019. „Es ist ein richtiger und wichtiger Schritt, dass die GroKo das Wohngeld erhöhen und Menschen mit niedrigen Einkommen entlasten möchte. Leider bleibt die Bundesregierung bei der Reform auf halber Strecke stehen. Wir brauchen eine automatische, jährliche Anpassung des Wohngelds, sonst verlieren immer mehr Bedürftige ihren Anspruch und fallen in die Grundsicherung“, warnt BFW-Präsident Andreas Ibel im Vorfeld der morgigen Verbändeanhörung im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, an der auch der BFW teilnimmt. Dort wird über den Referentenentwurf zum „Gesetz zur Stärkung des Wohngelds“ beraten, das ab 1. Januar 2020 in Kraft treten soll.

Mit seiner Kritik verweist Ibel auf das im Entwurf formulierte Vorhaben, „die Höhe des Wohngelds bei Bedarf zeitnah anzupassen“. Ibel: „Das ist zu vage, zu willkürlich und nicht rechtssicher.“ Schließlich sei absehbar, dass Verbraucherpreise und Wohnkosten aufgrund des Wohnraummanagements weiter steigen werden. „Durch Einkommensanstiege, die lediglich die Inflationsrate ausgleichen, würden viele Geförderte bis zur nächsten Anpassung ihren Anspruch auf Wohngeld verlieren. Es reicht nicht aus, die Förderung nur alle paar Jahre anzupassen. Die Erhöhung muss automatisiert werden!“

Energetische Sanierung darf Wohngeldempfänger nicht belasten

Ibel weiter: „Wir brauchen zudem eine Klimakomponente, um Mietaufschläge aufgrund einer energetischen Sanierung abzufedern. Nur dann bleibt bezahlbares Wohnen für bedürftige Menschen keine leere sozialpolitische Floskel. Wenn die Bundesregierung ihre Klimaschutzziele bis 2030 erreichen will, müssen in den kommenden Jahren tausende Häuser saniert und Heizungen modernisiert werden. Dies darf nicht auf dem Rücken der Wohngeldempfänger ausgetragen werden!“

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de